Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache **Nr. 2773**

Interpellation

der Fraktion der SPD

betr. Beantwortung von Fragen, die anläßlich der Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amts gestellt wurden.

Der Bundeskanzler und Bundesminister des Auswärtigen hat bei der Beratung seines Haushalts die an ihn aus der Mitte des Bundestages gerichteten Fragen nicht beantwortet.

1. Der Bundeskanzler und Bundesminister des Auswärtigen hat am 6. Juli 1951 vor dem Bundestag erklärt, daß er die Saarfrage im Ministerrat in Straßburg zur Sprache bringen werde.

   Wir fragen die Bundesregierung, ob dies inzwischen geschehen ist, in welcher Weise und mit welchem Erfolg.

2. Die Alliierten haben am 3. August 1951 die Saarnote der Bundesregierung vom 29. Mai 1951 beantwortet und hierbei erklärt:

   „daß die Zuständigkeit der Bundesregierung nicht über ihre territorrialen Grenzen hinausgeht."

   Wir fragen die Bundesregierung, welche Schritte sie unternommen hat, um den deutschen Standpunkt, daß die Bundesregierung für Deutschland in seinen Grenzen des Jahres 1937 zuständig ist, erneut und in aller Form den Alliierten zur Kenntnis zu bringen, und welche Schritte sie unternommen, um den Widerspruch dieser Stellungnahme der Alliierten zu ihrer Note vom 23. Oktober 1950 zu klären.

3. Der Bundeskanzler und Bundesminister des Auswärtigen hat sich in der 168. Sitzung des Bundestages zu dem Grundsatz bekannt, daß man bei schwebenden internationalen Verhandlungen darüber in der Öffentlichkeit nicht sprechen solle. In einem Interview, das Herr Dr. Hallstein als beamteter Staatssekretär des Auswärtigen Amtes am 14. Oktober 1951 im Rundfunk gab, hat Herr Dr. Hallstein öffentlich zu den schwebenden Verhandlungen Stellung genommen und behauptet, daß man sich im Grundsätzlichen einig sei. Herr Dr. Hallstein hat als beamteter Staatssekretär des Auswärtigen Amtes auch sonst wiederholt sich polemisch zu den schwebenden Fragen der auswärtigen Politik geäußert, insbesondere hat er am 16. Juli 1951 in Frankfurt auf Einladung der amerikanischen Besatzungsmacht auf der Jahrestagung der US-Kreisoffiziere gesprochen und erklärt, daß der Pariser Vertrag über den Schuman-Plan deutscherseits ratifiziert würde, ohne hierbei zu berücksichtigen, daß der Bundesrat durch einen einhellig gefaßten Beschluß seine Zustimmung zu diesem Vertrag davon abhängig gemacht hat, daß eine Reihe von Voraussetzungen, die er im Einzelnen und in ihrem Zusammenhange genau bezeichnete, zuvor erfüllt wird.

Druck: Buchdruckerei R. Madel, Bonn, Argelanderstr. 81
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Str. 30, und Wiesbaden, Nietzschestraße 1

Wir fragen die Bundesregierung, ob sie es billigt, daß der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes sich öffentlich zu schwebenden internationalen Verhandlungen äußert, daß er ferner polemisch in der Diskussion außenpolitischer Probleme Partei ergreift, und daß er hierbei Beschlüsse des Bundesrates außer Acht läßt.

4. Der Bundestag hat in seiner Sitzung vom 21. Februar 1951 beschlossen, die Bundesregierung möge eine umfassende Aktion zur Feststellung und Ermittlung des Schicksals der verschleppten Zivilpersonen und der noch immer nicht zurückgekehrten Kriegsgefangenen einleiten.

   Wir fragen die Bundesregierung, welche Maßnahmen Sie im Sinne dieses Beschlusses getroffen hat.

Bonn, den 6. November 1951

Ollenhauer und Fraktion